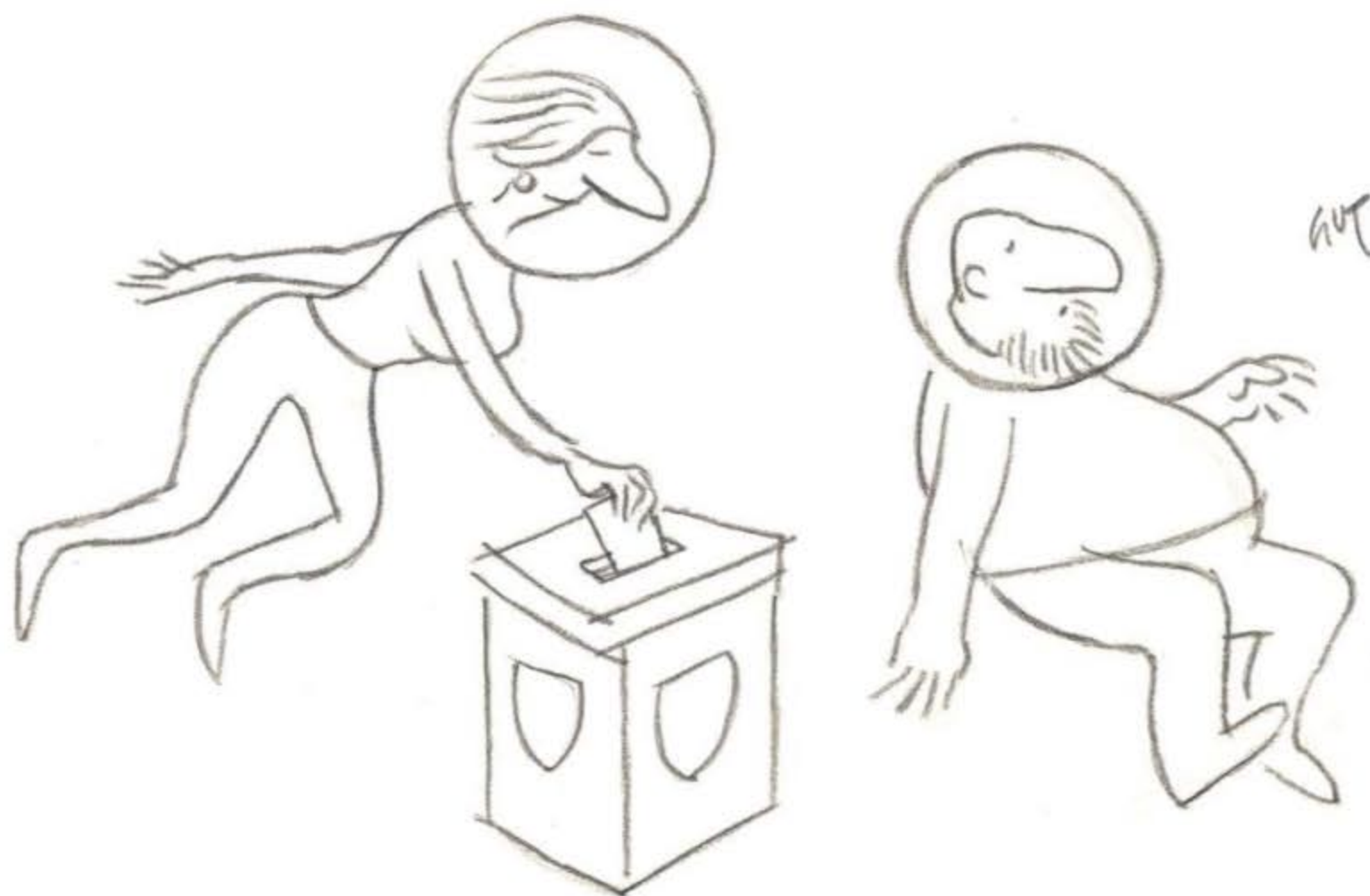


# Die öffentliche Meinung zerfällt in Bubbles

*In der Debatte um die Digitalisierung politischer Verfahren müssen die Eigenheiten demokratischer Partizipation und der Anspruch auf einen unverfälschten, öffentlichen Dialog im Vordergrund stehen. Gastkommentar von Wolf Linder*



Die Digitalisierung von Politik und Demokratie läuft: Politische Parteien und Umweltorganisationen informieren und mobilisieren ihre Anhänger längst elektronisch über ihre Websites. Behörden haben ihre E-Kanäle ausgebaut. Im Tram lesen wir die Zeitung auf dem Handy. Polit-Reportagen von E-Zeitungen mischen das traditionelle publizistische Angebot auf. Damit ist die politische Information reichhaltiger geworden. Und wir haben die Wahl zwischen den klassischen und den rein digitalen Angeboten politischer Kommunikation – die beiden ergänzen sich und bestehen nebeneinander. Was aber bringt die weitere Digitalisierung politisch, wohin führt sie in der Demokratie?

## E-Voting und E-Collecting

Zwei Digitalisierungsprojekte zielen darauf ab, direkt in den formalen Prozess politischer Entscheidung einzugreifen. Das bekanntere ist das E-Voting. In seiner 20-jährigen Versuchsphase konnte die Wählerschaft in vierzehn Kantonen ihre Stimme auf elektronischem Weg abgeben. Inzwischen ist das Projekt aus zwei Gründen an einem toten Punkt angelangt: Technisch gelang es nicht, alle Sicherheitsanforderungen zu erfüllen; vor allem aber wurden die vollmundigen Versprechen enttäuscht, E-Voting belebe die direkte Demokratie. Nach bisherigen Erfahrungen erhöht E-Voting die allgemeine Stimmbeteiligung nicht. Es ist auch kein Mittel gegen die tiefere Beteiligung der Jungen und der Frauen, und das Verfahren ist komplizierter als die briefliche Stimmabgabe. Vorteile scheint E-Voting einzig für die Gruppe der Auslandschweizer zu haben.

Dafür wurde auf Initiative von Privaten das halbelektronische Sammeln von Unterschriften für Referenden und Volksinitiativen stark entwickelt. Mehr und mehr werden Aufrufe zur Unterstützung eines Volksbegehrens samt Unterschriftenbogen per Internet versandt. Das praktizieren nicht nur Parteien und Verbände, sondern auch parteiunabhängige Plattformen wie Wecollect. E-Mail-Adresslisten sind dabei äusserst hilfreich, so auch für neue Bewegungen wie die «Freunde der Verfassung». Deren 80 000 E-Mail-Adressen trugen entscheidend dazu bei, dass die beiden Covid-19-Referenden zustande kamen. Kurz: Die Digitalisierung erlaubt, Referenden und Volksinitiativen schneller und billiger zu lancieren. Dabei sind die digitalen

Möglichkeiten noch keineswegs ausgeschöpft: Auch der letzte Teil – die persönliche Unterzeichnung und das Einreichen der Unterschriften – könnte künftig digital erfolgen, sobald es in der Schweiz eine rechtsgültige elektronische Signatur gibt.

Was diese volle Form des E-Collecting bedeutet, haben die Niederlande vor einigen Jahren erfahren: Innerhalb weniger Tage kamen Hunderttausende elektronischer Unterschriften für ein Referendum zusammen. Da Plattformen wie Scout auch in der Schweiz täglich von Zehntausenden Benutzern aufgesucht werden, ist zu erwarten, dass die

**Wir müssen die Frage umkehren und auf den Kopf stellen: Welche Digitalisierung brauchen wir, damit unsere direkte Demokratie weiterhin funktioniert?**

50 000 bzw. 100 000 Klicks für ein Referendum oder eine Volksinitiative in wenigen Tagen zusammenkämen. Die Folgen einer solch rasanten Beschleunigung kann man sich ausmalen: eine viel grössere Zahl von Volksbegehren, veranlasst durch einen wachsenden Kreis von Opponenten und Initianten; damit aber auch die drohende Überlastung von Regierung, Parlament und Stimmbürgerschaft. Man müsste daher die Sammelfristen für die elektronischen Unterschriften stark verkürzen; andernfalls käme es zu einer drastischen Veränderung der Spielregeln und entsprechenden Auswirkungen auf die direkte Demokratie.

Die grössere Geschwindigkeit von E-Collecting wäre aber nicht die einzige Veränderung. Wer nach fünf Minuten Diskussion mit einer Aktivistin an einem Strassenstand seine Unterschrift für ein Referendum gibt, tut dies im Glücksfall am Ende eines Dialogs. Wer im E-Collecting aufgerufen wird, seine Zustimmung für dieselbe Sache zu geben, ist versucht, seinen Klick allein und als spontane emotionale Reaktion abzufeuern.

## Social Media

Das führt zur Frage, wie sich die politische Meinungsbildung durch Social Media verändert. Vier Jahre Trump und Twitter sowie die angebliche Beeinflussung von Wahlen durch private Nutzerdaten im Cambridge-Analytica-Skandal haben den Social Media den zweifelhaften Ruf eingetragen, dass sie die öffentliche Meinung manipulierten.

Zwar wird dieser Einfluss überschätzt. Untersuchungen zeigen zumindest für die Schweiz, dass Social Media durch Politikerinnen und Politiker bescheiden genutzt werden. Dasselbe gilt für die Stimmbürgerschaft, die sich in ihren Entscheiden nach wie vor primär auf die klassischen Medien und das «Bundesbüchlein» als verlässliche Informationsgrundlagen abstützt. Dennoch ist die Tendenz der Social Media zur Blasenbildung unter Gleichgesinnten, die sich gegenseitig bestärken und sich gegen aussen abschirmen, fatal für die politische Meinungsbildung. Ein amerikanisches Experiment, bei dem sich einige hundert Republikaner und Demokratinnen einen Monat lang den Bots der Gegenseite aussetzten, führte entgegen den Erwartungen der Forschenden nicht zu grösserem Verständnis für die jeweils anderen, sondern zu stärkerer politischer Polarisierung.

Zudem können sich jene, die Social Media nutzen, als Anonyme der Verantwortung für ihre Aussagen entziehen. Falschmeldungen, persönliche Verunglimpfungen und so weiter werden dann zum Teil des Spiels. Ohne die direkte Verantwortlichkeit und das Geradestehen für die eigene Position fehlt im digitalen Raum der Social Media eine zentrale Voraussetzung deliberativer Meinungsbildung, die der Demokratie angemessen wäre: die argumentative und sachbezogene Auseinandersetzung unter den Vertreterinnen der verschiedenen politischen Positionen und der lernfähige Dialog auf der Suche nach praktischen Lösungen.

Wenig zur Kenntnis genommen wird sodann die Problematik all jener Plattformen politischer Kommunikation, die keine redaktionelle Verantwortung übernehmen, sondern sich nur noch als «Broker» in der Vermittlung von Inhalten Dritter verstehen. Was dabei Teil der öffentlichen Meinung wird, bestimmt sich nicht mehr nach Kriterien politischer Relevanz. Vielmehr geschieht die Nachrichtenauswahl auf der Basis von Algorithmen mit dem kommerziellen Ziel, möglichst viele Nutzer möglichst oft und möglichst lange auf der angewählten Plattform zu halten.

## Plattformökonomie

Die Digitalisierung der Kommunikations- und Entscheidungsprozesse ist deshalb für die Demokratie von grosser Ambivalenz. Unbestreitbar erbringen viele digitale Plattformen mehr Informationen für die Wählerschaft, wie zum Beispiel Smartvote: Der Vorteil, über die Hochglanzfotos der Kandidaten hinaus auch deren politische Präferenzen zu erfahren und mit den eigenen zu vergleichen, liegt auf der Hand.

Was dagegen E-Voting und «reines» E-Collecting an Vorteilen für die direkte Demokratie bringen, bleibt zweifelhaft. Grosse Fragen stellen sich mit Blick auf die derzeitigen Strukturveränderungen öffentlicher Meinung. Zwar wäre es falsch, die Phänomene des Populismus oder der Polarisierung den Social Media anzuhängen. Was aber bedeutet es, wenn die öffentliche Meinung in Bubbles zerfällt, in denen man sich nur die eigene Meinung bestätigt? Wie weit gefährden Social Media mit ihren Anfälligkeiten für Fake News, Hassreden und Skandalisierungen die Meinungsbildung im öffentlichen Raum? War es nicht gerade die Auseinandersetzung in der kollektiven Arena, in der die Stimmbürgerschaft bisher ihr Wissen für die komplexen Fragen von wirtschaftlichen und sozialen Problemen erwerben und verbessern, prüfen und schärfen konnte?

Die Digitalisierung wird durch die transnationale Plattformökonomie von Grosskonzernen und Unternehmen vorangetrieben, die auf der Suche nach rentablen neuen Geschäftsfeldern sind. Deren Innovationen unbedenkenlich auf die Demokratie übertragen zu wollen, ist deshalb falsch und naiv. Wir müssen die Frage umkehren und auf den Kopf stellen: Welche Digitalisierung brauchen wir, damit unsere direkte Demokratie weiterhin funktioniert?

Im Zentrum stehen sollten dabei die Eigenheiten demokratischer Partizipation und die Norm des unverfälschten, öffentlichen Dialogs – zum Beispiel folgende vier Punkte:

Erstens: «Billiger, schneller und mehr» ist die Devise kommerzieller Digitalisierung, aber kein empfehlenswerter Leitsatz für bessere Demokratie. Auseinandersetzung mit neuen Ideen, Dialog und Lernbereitschaft in politischen Streitfragen brauchen allesamt Zeit. Diese dürfen nicht der Digitalisierung geopfert werden.

Zweitens: «Mehr Partizipation für alle» ist ein irreführender, weil verkürzter Leitsatz. Wahlen sind die einfachste und chancengleichste Form der Partizipation. Komplexere Formen der Beteiligung, wie beispielsweise jene in Verbands- und Parteigremien oder in Bürgerinitiativen, übersteigen jedoch die Bereitschaft, oft auch die Kapazitäten vieler Bürger und hängen von deren Ressourcen ab. Digitalisierungsprojekte sollten deshalb nicht primär auf mehr, sondern auf bessere Partizipation zielen; also zum Beispiel die einseitige Zusammensetzung von Bürgerinitiativen korrigieren, in denen die Mittelschichten den Ton angeben, die Unterschichten aber weitgehend fehlen.

Drittens: Ein Teil der sozialen Netzwerke widerspricht den Anforderungen des demokratischen Dialogs. Mit Fake News, Hate-Speech, der Blasenbildung und der maschinellen Nachrichtenauswahl über Algorithmen spielen Broker-Plattformen eine zwiespältige Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung. Redaktionell verantwortete Medien zu stärken, sollte daher – ungeachtet ihrer klassischen oder digitalen Form der Verbreitung – ein zentrales Anliegen der Medienpolitik werden.

Viertens: Letztgenanntes scheint umso wichtiger, als soziale Netzwerke die Möglichkeiten politischer Mobilisierung verstärken, während sie die Dialogbereitschaft und -fähigkeit senken. Dass unsere Abstimmungsdemokratie nicht zur Stimmensdemokratie missrät, verdanken wir einer politischen Kultur aus dem vordigitalen Zeitalter. Tragen wir Sorge zu ihr.